

Pressemeldung zur Veranstaltung „Frieden und Konflikt. Religiöse Diskurse in westlichen Demokratien – Initiative christlich-jüdische Studienwoche im Gespräch mit dem Islam“ vom 31.7.-3.8.2017



Im steirischen Seggau ging heute eine von einem internationalen, interkonfessionellen und interreligiösen Team konzipierte Veranstaltung zu Ende, die es sich zum Ziel gesetzt hat, die Rolle der drei großen Buchreligionen in westlichen Demokratien zu thematisieren und nüchtern deren Beitrag zu Frieden und Konflikt zu reflektieren (Programm und nähere Beschreibung siehe unter <https://altes-testament.uni-graz.at/de/veranstaltungen/bibeldialoge/>).

Sie setzte die 2007 eingestellte „Österreichische christlich-jüdische Bibelwoche“ fort, die damals als Initiative zur Aufarbeitung der christlichen Schuldgeschichte gegenüber jüdischen Menschen und Einrichtungen in postnationalsozialistischen Ländern und zur Information über das Judentum konzipiert wurde. In Anbetracht der derzeit in Mitteleuropa wieder steigenden Zahl antisemitischer Aktionen und Straftaten und dem auch in christlichen Gemeinden wieder aufflammenden Antijudaismus, will die Initiative dazu beitragen, expliziten, aber auch latenten Antisemitismus als solchen zu erkennen, zu benennen und zu vermeiden helfen. Dass sich die Situation gerade durch den starken Zuzug von Menschen aus muslimischen Ländern noch verschärft, muss bewusst sein, ohne dabei mit dem Finger auf „den Islam“ zu zeigen: Menschen, die im Vorderen Orient außerhalb Israels aufgewachsen sind, haben Antizionismus, Judenfeindschaft und Antijudaismus als Staatsideologie erlebt und häufig auch verinnerlicht. Vielen Flüchtlingen und Migranten in Europa muss daher bewusstgemacht werden, dass diese Ideologie in postnationalsozialistischen Ländern ein „no-go“ darstellt. Das zu vermitteln ist eine Aufgabe für die immer schon hier Lebenden, die für die Zukunft europäischer Demokratien ergriffen werden muss.

Alle drei Buchreligionen sind im Vorderen Orient entstanden, alle drei berufen sich auf Heilige Schriften, die vor teils weit mehr als tausend Jahren entstanden sind und heutigen Menschen in immer säkularer werdenden Gesellschaften mehr oder minder fremd sind.

Die Vermeidung einer zu engen Verquickung des Staates mit nur einer Religion bzw. Konfession ist zum Kennzeichen westlicher Demokratien geworden, deren ethischer Kodex durch Menschenrechte geprägt ist. Die Freiheit der Religion und die Freiheit von Religion gehört zu diesen Menschenrechten, genauso wie das Recht auf Leben und körperliche und psychische Unversehrtheit und die Freiheit von Diskriminierung aufgrund von Alter, Lebensform, Geschlecht und geschlechtlicher Orientierung sowie psychophysischer Beeinträchtigung und ökonomischem Status. Religionen, die aufgrund ihres Menschenbildes, ihrer anthropologischen Konzepte mit basalen Menschenrechten Probleme haben, sind in westlichen Demokratien problematisch, da sie gesellschaftliches Konfliktpotential bergen. Die entsprechenden Theologien sind daher aufgerufen, Entwürfe zu entwickeln, die einerseits in den Heiligen Schriften und deren Auslegungstraditionen verwurzelt sind, sich andererseits aber auch in den Verfassungsbogen der europäischen Staaten einreihen, in denen die Gläubigen, denen die Botschaft gilt, leben. Wenn sie sich in einzelnen Fragen dazu nicht in der Lage sehen, müssen sie dies in der Gesellschaft ernsthaft diskutieren – und nicht unter dem Radar zu fliegen versuchen. Denn häufig ist es so, dass das, was auf der einen Seite als Recht auf „Nicht-Einmischung“ in religionsinterne Belange daherkommt, auf der anderen Seite als moralische Forderung an die Gesamtgesellschaft wieder herauskommt.

Religion wird in den kommenden Jahren auch im zunehmend säkulareren Europa einen wesentlichen Faktor im gesellschaftlichen Zusammenhalt bilden. Die Religionen können sich in demokratischen Systemen nicht mehr auf postulierte, von alters her überkommene Autorität zurückziehen. Sie sind vielmehr Teil des unter Einbeziehung des Volkes geführten Diskurses. Religionen mit europäischem Gesicht sind – wie die Zivilgesellschaften, die beileibe auch Defizite in Bezug auf die in den Verfassungen verankerten Menschenrechte und Diskriminierungsverbote aufweisen – *auf dem Weg* zu einer Welt ohne Diskriminierungen und damit zu einem guten Leben für alle.

In diesen Tagen wurde ernsthaft diskutiert, was und wie die drei Religionen zum Frieden und was sie zum Konflikt beitragen und welche Rolle ihre heiligen Schriften dabei spielen.

An dieser Pilottagung des christlichen Gesprächs mit dem Judentum unter Einbeziehung des Islam referierten an die zwanzig Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, aber auch Vertreter der Religionen. Sie war für breite Öffentlichkeit offen, wird als ReligionslehrerInnenfortbildung und auch als Sommeruniversität für Studierende angerechnet.

Bei diesen Gruppen handelt es sich um Multiplikatoren und Multiplikatorinnen des Anliegens. Denn nur wenn der gesellschaftliche Konsens vorhanden ist, dass Religionen für die Menschen hier und heute da sind, wird sich auch in den Religionen selber die Überzeugung durchsetzen, dass sie die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen westlicher Demokratien integrieren müssen. Eine Religion, die nur mehr aus der Vergangenheit und zur Bewahrung der Tradition lebt, kann nur in autoritären Gesellschaftssystemen überleben und wird in demokratisch organisierten Gesellschaften ihre Relevanz verlieren.

Da sie aus der Sicht der etwa 70 Teilnehmenden ein voller Erfolg war, soll sie alle zwei Jahre etabliert werden.

Die nächste Tagung wird die Rolle des Geschlechts in den drei Religionen auf dem Hintergrund von Gesellschaften westlichen Zuschnitts thematisieren.

Irmtraud Fischer